



© Keystone/Keystone/Alessandro della Valle



# Achtung, Renten-Räuber!

Alles andere als harmlos: In guten Jahren wird schamlos abgezockt, in den schlechten sollen dafür unsere Renten runter. Zu diesem Rentenklau sagt die SP ganz klar «Nein»!

Dossier: Seiten 2 bis 7

### SP-SCHWERPUNKT



Gross waren die Hoffnungen im Vorfeld des **Klima-Gipfels**. Ebenso wie die Enttäuschung hinterher.

Seite 13

### NACHGEFRAGT



Der Bundesrat dealt illegal mit UBS-Kundendaten – **Ursula Wyss** erklärt, wie es soweit kommen konnte und was sich ändern muss.

Seite 15

### AKTIV



Die **SP Obwalden** ist für die kantonalen Wahlen am 7. März gerüstet. Erstmals tritt auch die **JUSO** an.

Seite 18

# Nein zum «Rentenbschiss»

**Mit der Demographie ist die geplante Rentenkürzung nicht zu begründen. Tatsächlich haben die Versicherungen andere Motive.** Rudolf Rechsteiner

Autonome Pensionskassen haben kaum Probleme mit dem Umwandlungssatz. Der Druck für weitere Rentensenkungen kommt von den Privatversicherungen. Sie haben die höchsten Verwaltungskosten und die schlechtesten Renditen. Trotzdem haben auch sie in den letzten zehn Jahren eine Durchschnittsrendite von 4,8 Prozent erreicht (NZZ vom 5. Januar). Und fürs laufende Jahr haben die Notenbanken höhere Zinsen angekündigt.

## Zu hohe Risikoprämien

Der Kern des Problems ist ein Verteilungskonflikt. Die Versicherungsmanager wollen möglichst viel Geld für sich selber und die Aktionäre abzweigen. Deshalb sollen die Renten um zehn Prozent sinken. Tatsache ist aber: Die Lebensversicherungen machen sehr viel Gewinn. Bei den Risikoprämien (für die Rente bei Tod und Invalidität) weist die Finanzmarktaufsicht (Finma) für 2008 eine Gewinnmarge von 133 Prozent aus. In manchen Kleinbetrieben sind die Risikoprämien höher als die Prämien für Altersrenten. Anders gesagt: 57 Prozent der Einnahmen wandern weder in Rentenleistungen noch in Reserven, sondern in Quersubventionen für andere Geschäftszweige.

Die postulierten Rentenkürzungen stehen im Widerspruch zu den steigenden Eigenbezügen. Der Durchschnittslohn für jedes der elf Geschäftsleitungsmitglieder der «Zürich Versicherungen» liegt bei 5,5 Millionen Franken pro Jahr (2008: total 60 Millionen Franken). Rolf Schäuble, Chef der «Basler Versicherungen», hat sich seine Bezüge um 40 Prozent auf 6,2 Millionen erhöht. Hier fließen relevante Beträge aus der Vorsorge ab, und einige wenige Manager bereichern sich in einem höchst fragwürdigen Ausmass.

## DARUM GEHT ES

Bis 2014 wird der **Umwandlungssatz bei der beruflichen Vorsorge** schrittweise von 7,2 auf 6,8 Prozent gesenkt. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hat eine weitere Senkung beschlossen. Es droht eine Kürzung der Renten um weitere 6 Prozent bis 2015 (Umwandlungssatz von 6,4 statt 6,8 Prozent). Ein 36-jähriger Mann beispielsweise, der heute 6000 Franken verdient, würde nach der Pensionierung im Durchschnitt 51600 Franken verlieren. Der gesamte Rentenverlust beläuft sich also bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung auf mehrere zehntausend Franken. Gewinner wären allein die Versicherungsgesellschaften und Aktionäre der Lebensversicherungen.



Die Versicherungsgesellschaften wollen ja bloss das Beste – fragt sich einfach, für wen.

Die 1,6 Millionen Versicherten bezahlen den Lebensversicherungen 770 Franken Verwaltungskosten pro Jahr. Sogar die Kosten des Abstimmungskampfs werden von den Versicherten bezahlt, denn die Finma lässt es zu, dass unvorhergesehene Verwaltungskosten nachträglich von den Überschüssen an die Versicherten abgezogen werden dürfen.

## Hausaufgaben nicht gemacht

Hinzu kommen die Gewinnentnahmen. Die Lebensversicherungen kassieren in den guten Jahren fünfmal mehr Überschüsse, als sie nach Gesetz dürften. Statt 10 Prozent der «Überschüsse», wie es im Gesetz steht, behalten sie bis zu 10 Prozent vom Umsatz für sich. Auch «Überschüsse», die als Leistung an die Versi-

cherten ausgewiesen werden, werden nicht automatisch ausbezahlt. Sie wandern in einen «Überschussfonds», der dem Eigenkapital der Lebensversicherung zugerechnet wird. Die Versicherten finanzieren damit das «Eigenkapital», das für die Dividenden an die Aktionäre herangezogen wird, weitgehend selber. Und die Mittel können in schlechten Jahren bei Bedarf wieder zur Deckung reglementarischer Leistungen beigezogen werden.

Die Versicherer erzielen deshalb in der zweiten Säule «zweistellige Eigenkapitalrenditen», wie die NZZ schreibt. Bei der Zürich waren es 14,5 Prozent «return on equity», wie es im Geschäftsbericht auf neudeutsch heisst. Bevor man Renten ein zweites Mal senkt, sollte man die Lecks stopfen. Im Parlament sind die Beratungen dazu leider seit Jahren blockiert. Nur mit einem wuchtigen Nein können die Konstruktionsfehler korrigiert werden: Separierung der beruflichen Vorsorge vom übrigen Versicherungsgeschäft, Regulierung der Gewinnentnahmen und ein Verbot von Hedgefonds und anderen Hochrisiko-Anlagen.

**Ruedi Rechsteiner**  
Nationalrat aus dem  
Kanton Basel-Stadt



# Schlicht unnötig

Der Umwandlungssatz in der 2. Säule bestimmt die Höhe der Rente, welche die versicherte Person nach der Pensionierung erhält. Bereits 2005 mit der 1. BVG-Revision ist dieser Satz von 7,2 auf 6,8 Prozent gekürzt worden. Anita Fetz

Jetzt hat das Parlament nochmals eine happige Senkung von 6,8 Prozent des angesparten Altersguthabens auf 6,4 Prozent beschlossen. Das bedeutet einen Rentenverlust von insgesamt mehr als 10 Prozent! Begründet wird die erneute Senkung mit der Finanzkrise und der gestiegenen Lebenserwartung.

Sämtliche Fakten sprechen gegen diese vorschnelle Kürzung, nach dem Krisenjahr 2008 erholen sich die Finanzmärkte wieder: Die Rendite des Pictet BVG-25-Index betrug 2009 bis Ende Jahr gar +11,74 Prozent. Seit Beginn des Pensionskassen-Obligatoriums 1985 wurde eine durchschnittliche Rendite von 6,15 Prozent erreicht. Die Verluste aus den Baisse-Börsenjahren konnten immer wieder ausgeglichen werden (vgl. Grafik). Und das, obwohl die Lebensversicherer in den Boomjahren jeweils mehrere hundert Millionen Gewinne aus der 2. Säule einstrichen. Und zwar mit einem Trick: Nach Gesetz dürfen sie 10 Prozent der Überschüsse einbehalten. Tatsächlich behalten sie 10 Prozent des Umsatzes. Zudem sind die Verwaltungskosten im Vergleich zur AHV und den autonomen Pensionskassen mit 1,3 Milliarden extrem hoch. Auch die Berechnungen der Lebenserwartung

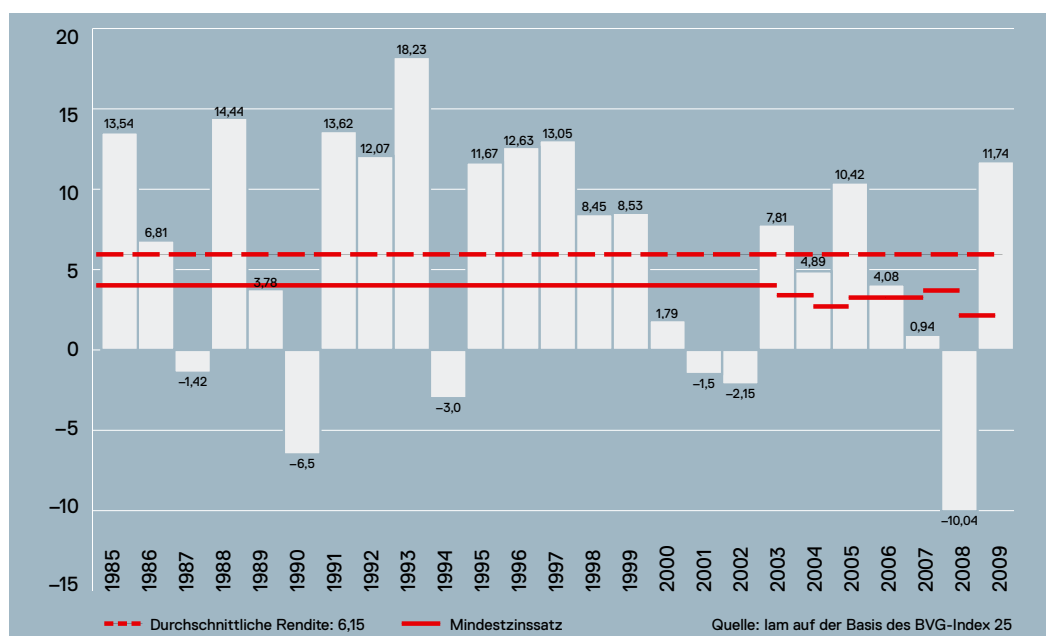
gehen von ungesicherten Annahmen aus. Heute gibt es leider Hinweise, dass die Lebenserwartung vor allem der Frauen mittelfristig sinken wird. Dies infolge der Kombination von Doppelbelastung und ungesundem Lebenswandel. Die hohe Lebenserwartung beider Geschlechter ist zudem mit der Erhöhung des

## Sämtliche Fakten sprechen gegen diese vorschnelle Kürzung.

Frauenrentenalters und der ersten Senkung des Umwandlungssatzes bereits bezahlt.

Heute gibt es keinen Handlungsbedarf, den Umwandlungssatz schon wieder zu senken. Es gibt nur die pessimistischen Annahmen der Versicherer. Falls die Fakten sich in den nächsten Jahren ändern, ist immer noch Zeit genug für eine Senkung – falls sie denn sachlich begründbar ist.

Anita Fetz  
Ständerätin aus dem Kanton  
Basel-Stadt



Aus der Grafik ist ersichtlich, dass in den letzten 25 Jahren (Pictet BVG Index 25, 1985–2009) eine durchschnittliche Rendite von 6,15% erreicht wurde. Die Verluste z. B. 1990 mit -6,5% und 2008 mit -10,04% konnten klar ausgeglichen werden.

## Das fordert die SP

Bereits ist die Börse wieder im Schuss. Die Fehlbeträge der meisten Pensionskassen haben sich in Luft aufgelöst. Demnächst steigen auch die Zinsen. Eine faire Gewinnverteilung wäre angesagt. Dazu kommt es aber nicht, wenn der Umwandlungssatz und damit die Renten noch weiter gesenkt werden.

**Klare Regulierung der Gewinne:** Zweistellige Eigenkapitalrenditen haben in einer Sozialversicherung nichts zu suchen. Auch die Verwaltungskosten der beruflichen Vorsorge sind mit 4 Milliarden Franken viel zu hoch. Das Gesetz sieht bloss 10 Prozent der Überschüsse – und nicht 10 Prozent vom Umsatz – als Abgeltung für die Lebensversicherungen vor. Das ist durchzusetzen.

**Selbständige Bilanzen für das Vorsorgekapital:** Heute befindet sich das Vorsorgekapital der Vorsorgeeinrichtungen im Besitz der Muttergesellschaft der Lebensversicherungen. Die Transparenz über Erfolg und Misserfolg der Kapitalanlagen wird so erschwert. Eine Ausgliederung der Reserven mit eigener Bilanz und Betriebsrechnung schafft klare Verhältnisse. Dann wissen die Versicherten, was ihnen gehört, wie viel damit wirklich verdient wird und wie viel davon an die Aktionäre fliesst.

**Klare Angaben über das eingesetzte Kapital und dessen Rendite:** Die Lebensversicherungen sollen offenlegen, wie viel Geld sie für die Wertgarantie der Renten einsetzen und was sie damit genau verdienen.

**Keine einseitigen Kürzungen:** Gewinne, die an die Überschussfonds der Lebensversicherungen fließen, können später mit den Verlusten verrechnet werden. Die Auszahlungen an Aktionäre können aber nicht zurückverlangt werden.

**Revision der Anlagevorschriften:** Kurz vor Ausbruch der Finanzkrise hat der Bundesrat die Anlagevorschriften einseitig verändert. Anlagen in Immobilien wurden zurückgestuft, dafür dürfen Pensionskassen neu in Hedge-Fonds investieren. Das ist falsch.

**Vermeidung von Härtefällen:** Der Sicherheitsfonds bezahlt heute für Renten, wenn eine Pensionskasse Konkurs geht. Bei Massentlassungen spielt dieser Mechanismus jedoch nicht. Die Entlassenen landen mit stark gekürzten Renten auf der Strasse, wenn sich eine Pensionskasse in Unterdeckung befindet. Das ist ungerecht.



© Eduard Ribben

Simonetta Sommaruga warnt vor einer erneuten Rentensenkung. Diese würde mittlere und tiefe Einkommen besonders hart treffen.

## «Löcher stopfen statt Renten kürzen!»

**Statt Rentenkürzungen auf Vorrat sollen die Versicherungsgesellschaften lieber endlich ihre Hausaufgaben machen – die Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga erklärt, weshalb sie gegen eine erneute Senkung des Umwandlungssatzes ist.**

Interview: Stefan Krattiger und Christina Hierzer

**Warum sollen wir am 7. März «Nein» sagen zur Senkung des Umwandlungssatzes?**

Das Parlament hat erst 2005 eine Rentensenkung beschlossen. Diese haben wir mitgetragen, weil sie nötig war. Jetzt die Renten schon wieder massiv zu kürzen, das geht nicht – zuerst muss jetzt aufgeräumt werden.

**Konkret?**

Bei der Zweiten Säule läuft einiges schief, das endlich korrigiert werden muss. Am schlimmsten sind die gewaltigen Verwaltungskosten. Die Pensionskassen geben pro Jahr und Versicherten durchschnittlich über 700 Franken für Verwaltung und Beratung aus. Bei der AHV

sind es nur gerade 25 Franken. Da gibt es grossen Handlungsbedarf und die Sparmöglichkeiten sind enorm. Zweitens muss endlich transparent gemacht werden, was die Versicherungen für sich behalten. Da ist die SP seit langem aktiv. Wir wollen sicherstellen, dass die Versicherten in wirtschaftlich «guten» Jahren auch etwas von den Börsengewinnen bekommen.

**Das ist heute nicht der Fall?**

Nein. Kaum läuft's an der Börse nicht so gut, will man die Renten senken. Ohne uns zu sa-

gen, was mit dem Geld in den «guten» Jahren passiert ist. Dieses kommt nämlich vor allem den Aktionären zugute und wird in laufend steigende Boni für Manager gesteckt. Zudem haben die Pensionskassen in den vergangenen Jahren mit riskanten Anlagen massiv Vermögen vernichtet – fast zehn Milliarden Franken, die weg sind. Da braucht es klare Vorgaben,

**Läuft's an der Börse nicht, will man die Renten senken – was ist mit dem Geld in den guten Jahren passiert?**

insbesondere zur Begrenzung von teuren Hedge-Fonds, bei denen die Pensionskassen oft mit kaskadenartig konstruierten versteckten Gebühren belastet werden. Als Versicherte

will ich nicht, dass mit meinem Geld spekuliert wird!

*Ist es eine Möglichkeit, dass jede und jeder seine Pensionskasse frei wählen kann?*

Das wäre grundsätzlich sinnvoll, weil dann niemand bei einer Pensionskasse versichert sein muss, hinter deren Anlagepolitik sie oder er nicht stehen kann. Man muss sich aber bewusst sein, dass das eine massive Entsolidarisierung und noch höhere Verwaltungskosten mit sich bringen würde.

*Die Renten sollen nicht gekürzt werden – werden dadurch die Pensionskassen nicht gezwungen, riskante Anlagen zu tätigen?*

Das behaupten die Versicherungsgesellschaften und ihre zahlreichen Berater. Die letzten zwanzig Jahre haben aber das Gegenteil bewiesen: Mit spekulativen Anlagen haben die Kassen viel Geld verloren. Geld übrigens, das den Versicherten gehört hat. Mit einer konservativen Anlagepolitik lassen sich unsere Altersguthaben am besten bewirtschaften. Ich weiss, dass gerade Banken ihre eigenen Pensionskassengelder sehr konservativ anlegen. Das sagt doch einiges.

*Auf Nummer Sicher gehen also?*

Genau. Wer in den letzten zwanzig Jahren in seinem Portefeuille 25 Prozent Aktien und 75 Prozent Obligationen hatte, kam auf eine durchschnittliche Jahresrendite von über sechs Prozent. Weit mehr also als die gut vier Prozent, die für die Sicherstellung der Renten notwendig sind.

*Jetzt sind die Zeiten ökonomisch schwieriger...*

Auffallend ist, dass Versicherer sagen, die vier Prozent seien nicht zu erreichen – ihren eigenen Aktionären aber versprechen sie gleichzeitig Renditen von 15 oder 16 Prozent und zahlen diese zum Teil sogar aus. Widersprüchlicher geht's fast nicht.

*Trotzdem: Die Lebenserwartung steigt. Da muss das Geld länger reichen.*

Ja klar. Es ist ganz in unserem Interesse, dass das Geld reicht, dass die Renten gesichert sind und nicht auf Kosten der Jüngeren ausbezahlt werden. Genau deshalb haben wir der Senkung

## Mit einer konservativen Anlagepolitik lassen sich unsere Altersguthaben am besten bewirtschaften.

der Renten im Jahr 2005 zugestimmt. Auch wir wollen der erhöhten Lebenserwartung Rechnung tragen. Und mit der Erhöhung des Frauenrentenalters hat man die Pensionskassen zusätzlich entlastet. Das heisst: Wir bieten Hand für unausweichliche Anpassungen, aber diese erneute Senkung ist schlicht unnötig. Zuerst müssen die Löcher im System gestopft werden.

*Was wären die Folgen eines «Ja»?*

Die Rentnerinnen und Rentner haben künftig weniger Geld im Sack. Über die ganze Bezugsdauer gesehen, geht es dabei rasch um Zehntausende von Franken. Gerade Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen würde es besonders hart treffen, weil diese neben der Pensionskasse und der AHV häufig keine starke dritte Säule haben.

## STANDPUNKT



Thomas Christen  
Generalsekretär

## FDP-Lebensversicherer

«Wir müssen den Umwandlungssatz wegen den Lebensversicherern senken.» Mit dieser bemerkenswerten Offenheit begründete FDP-Ständerat Rolf Büttiker den Rentenabbau im Parlament. Und offenbar liegt den Lebensversicherern einiges an diesem Abbau. Seit Monaten bereits hängen Plakate. Es ist offensichtlich: Die Lebensversicherer und die kampagnenführende economiesuisse lassen sich die Kampagne viel Geld kosten.

Einer der bedeutendsten Lebensversicherer ist Swisslife. Und einer ihrer Verwaltungsräte ist der ehemalige FDP-Chef Gerold Bühler – gleichzeitig auch Präsident von economiesuisse. Das Swisslife-Engagement «zahlt sich aus»: Der 9-köpfige Verwaltungsrat verdient gemäss Ethos im Wirtschaftskrisenjahr 2008 fast 2 Millionen – durchschnittlich also über 200'000 Franken. Ein nettes Einkommen für einen Nebenjob. Der Einsatz von economiesuisse für Swisslife und andere Lebensversicherer ist kaum Zufall.

Es ist bemerkenswert, dass die Renten gesenkt werden sollen, weil es den Lebensversicherern angeblich so schlecht geht. Wie ist es da zu erklären, dass diese bei den Altersrenten 2007 einen Gewinn von 20% (!) oder rund 800 Millionen gemacht haben? Oder dass der Durchschnittslohn der Konzernleitung der Zürich im Jahr 2007 6.3 Millionen und bei der Swisslife 1.8 Millionen betrug?

Angesichts solcher Löhne erstaunt es auch nicht, dass die Verwaltungskosten enorm hoch sind: für alle Versicherungen und Kassen zusammen pro Jahr 4 Milliarden. Das macht pro Versicherten 770 Franken. Im Vergleich zu den Verwaltungskosten der AHV mehr als das Zwanzigfache! Bei den Lebensversicherern herrschen Intransparenz, hohe Kosten und riesige Managergehälter. Von den Gewinnen der letzten Jahre haben die Versicherten nichts gehabt. Die Versicherungen haben teilweise mehr, als gesetzlich (!) erlaubt ist, für sich abgezweigt. Und jetzt sollen bei kurzzeitigen Verlusten die Versicherten bluten?

Das geht nicht zusammen. Trotz noch so starkem Einsatz von economiesuisse-swisslife-FDP-Mann Bühler oder der Co-Präsidentin des Komitees, der FDP-Nationalrätin Christa Markwalder – die übrigens seit Januar 2008 auch noch ein 50%-Pensum beim Lebensversicherer Zürich hat.

## KAMPAGNENMATERIAL

Für die Abstimmungen vom 7. März steht wiederum diverseres Kampagnenmaterial zur Verfügung: Die bewährten Argumentarien, ReferentInnen-Listen und Powerpoint-Foliensätze (zu allen drei Vorlagen) können wie immer auf der SP-Website heruntergeladen werden. Ausserdem können online oder via Telefon (031 329 69 69) Abstimmungszeitungen und Kleinplakate im Format A3 (zum Rentenklau) bestellt werden.

→ [www.spschweiz.ch/abstimmung](http://www.spschweiz.ch/abstimmung)





# Armenien

## Armes Land - Reiche Kultur

### Armenien im südlichen Kaukasus

Armenien, das kleine postsowjetische Land in den Bergen des südlichen Kaukasus - nicht unähnlich der kleinen Schweiz in den Alpen -, liegt am Schnittpunkt zwischen Europa und Asien und blickt auf eine jahrtausende alte, reiche Kulturgeschichte im Südkaukasus, in Anatolien und bis zum Mittelmeer zurück. Durch die Zerstörungen des Erdbebens von 1988 und die folgende Energiekrise ist die stark entwickelte Wirtschaft im nun unabhängigen Armenien völlig zusammengebrochen und konnte sich bis heute nicht erholen.

"ZIRAN" ist das armenische Wort für Aprikose, eine Frucht, die seit so langer Zeit in diesem Land angebaut wird, dass schon die Römer sie für eine einheimische Pflanze hielten: "prunus armeniaca". Sie spielt eine wichtige Rolle in der lokalen Kultur und Landwirtschaft - neu auch wieder für den Export. ZIRAN-Projekte gehen aus persönlichen Begegnungen in Armenien hervor und streben die Förderung von Verdienstmöglichkeiten insbesondere für Bewohner von abgelegenen Dörfern an.

#### Die besondere Reise im Sommer 2010

Eine Studienreise nach Yerevan und zu den Natur- und Kulturschätzen des nördlichen und mittleren Armenien, geführt durch die Reisehochschule Zürich. **rhz : 3.6. - 14.6.2010**

In den wenigen Tagen begegnen Sie frühchristlichen und mittelalterlichen Kirchen und Klöstern, mit aussergewöhnlich reich bearbeiteten Kreuzsteinen; vorchristlichen Sakral- und Profanbauten, Steinkreisen aus ältester Zeit; landschaftlichen Highlights und Besonderheiten des geologisch jungen Landes; Geschichte und Kunst aus allen Zeiten, der eigenen Schrift seit dem 5. Jahrhundert - in Museen und im alltäglichen Leben.



### Originale Produkte aus Armenien

#### Natürlicher Honig vom Sevansee

Unser biologischer Honig wird von einer **Imker-Kooperative** südöstlich des Sevansees (knapp 2000 m ü.M.) produziert.

#### Trockenfrüchte und Kräuter

Aprikose «prunus armeniaca» (mit schmackhaften Kernen), Pflaume, Pfirsich, Kirsche, Tomate, Baumnuss, Haselnuss gedeihen in vielen Lagen als besonders leckere Früchte. Von **Kleinbauern** kultivierte, von der Produzentenorganisation «cheer» aufbereitet, von ZIRAN in die Schweiz gebracht.

#### Kunsth Handwerk von feinsten Qualität

Kunstvoll in unterschiedlichen Hölzern gearbeitete Bibel- und andere Szenen von Sasoon Yengibaryan Traditionelle Blasinstrumente wie Blul, Shevi, Zurna, Duduk aus Aprikosenholz von Karen Hakobyan und Artur Grigoryan

Es ist ein Anliegen all unserer ZIRAN-Projekte, dass Arbeiten und Verdienst in Armenien bleiben. Daher werden unsere Produkte fertig für den Verkauf in der Schweiz aufbereitet. Der Verkaufserlös kommt vollumfänglich **Aufbau und Förderung unserer Projekte im Rahmen des ZIRAN - Projekts** zugute.

[info@ziran.ch](mailto:info@ziran.ch)

[www.ziran.ch](http://www.ziran.ch)



## ZIRAN-REISEN

### Reisen in Armenien Unterstützen der Bevölkerung

Unsere Reise-Angebote bringen Sie in Kontakt mit Geschichte und Gegenwart dieses Landes, mit dem Symbol-Berg Ararat und weiten Gebirgs-Landschaften des südlichen Kaukasus, mit vielen Zeugen einer geologisch jungen Natur und einer mehr als 3000 Jahre alten historischen und aktuellen Kultur

#### - und alles durchflutet von diesem besonderen Licht ...

In der Regel (auf Wunsch) werden Sie bei den Leuten wohnen, die für Ihr Wohlbefinden sorgen. Und der enge Kontakt mit der lokalen Bevölkerung wird Ihnen Einblick geben in den armenischen Alltag und die Lebensweise der Menschen.



pierrrot hans Brauerstrasse 60 CH-8004 Zürich  
Tel: 044 241 41 31 Fax: 044 241 41 32  
[www.ziran.ch](http://www.ziran.ch) : [info@ziran.ch](mailto:info@ziran.ch)

#### 2010

**Wandern/Reiten "Privolnoje":** 27.06. - 08.07. / 18.07. - 29.07.  
(ab Flughafen Yerevan) 26.09. - 07.10. /... CHF 1'500.-  
**Oster- und Pfingstreise:** 01.04. - 12.04. / 13.05. - 24.05.  
(ab Flughafen Yerevan) CHF 930.-  
**Kultur Yerevan - "Alaverdi":** 18.07. - 02.08. /... CHF 1'490.-  
**Pferde-Trekking "Hankavan":** 27.06. - 12.07. / 18.07. - 02.08.  
(ab Flughafen Yerevan) 26.09. - 11.10. /... CHF 3'230.-  
Flugpreise ab Zürich variieren je nach Route und Saison: CHF 700 - 1'500  
--> "Arailer": Kurze Trekkings nahe Yerevan - auch vor Ort zu buchen  
--> LEON\_I,II, Archäologie, Botanik, Wandern, Bike -> [www.ziran.ch](http://www.ziran.ch)  
--> rhz: Bildungsreise nach Armenien: 03.06. - 14.06.

## JA ZUR REGELUNG DER FORSCHUNG AM MENSCHEN

# Grundlage für ein griffiges Gesetz

**Der vorgeschlagene Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen soll die Grundlage für ein entsprechendes Bundesgesetz schaffen. Er erlaubt einerseits Lösungen, welche der Art der Forschung angepasst sind, andererseits setzt er klare Grenzen bei der medizinischen und biologischen Forschung, wo erhebliche Risiken für die Teilnehmenden bestehen können.** Hans Widmer

Heute sind grundsätzlich die Kantone für die Regelung der Forschung am Menschen zuständig. Der Bund hat lediglich Kompetenzen in Einzelbereichen. Unbestritten ist, dass diese

Forschung schweizweit einheitlich geregelt werden sollte. Damit ein sinnvolles und griffiges Gesetz entstehen kann, braucht es eine solide Verfassungsgrundlage. Zuerst muss man den Baugrund sichern, bevor man ein Haus baut. Im ersten Absatz wird dem Bund die Kompetenz erteilt, jede Forschung am Menschen durch Gesetz zu regeln. Das betrifft auch jene Forschung, bei der höchstens der Datenschutz geregelt werden muss. Der zweite Absatz legt strengere Grundlagen für die medizinische und biologische Forschung fest, weil dort schwere und irreversible Folgen denkbar sind. Hier sind die Einwilligung der Betroffenen nach einer gründlichen Aufklärung, ein ausreichender Schutz und eine Abwägung von

Nutzen und Risiken erforderlich. Besonders strenge Regeln gelten für urteilsunfähige Personen.

Umstritten ist nur der zweite Absatz, gegen den die SVP opponiert, die bloss eine Bundeskompetenz ohne besondere Regeln für die medizinische und biologische Forschung will. Die Erfahrung zeigt aber, dass solche Schranken im Hinblick auf einen umfassenden Persönlich-

## Zuerst muss man den Baugrund sichern, bevor man ein Haus baut.

keitsschutz nötig sind. Ein Gesetz ohne solche Schranken hätte ohnehin keine Chance, eine Volksabstimmung zu überstehen.

### DARUM GEHT ES

Der Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen gibt dem Bund die Kompetenz für die Ausarbeitung eines Gesetzes. Er schafft damit die Grundlage für gesamtschweizerisch einheitliche Bestimmungen. Primär wird das Ziel verfolgt, die in ein Forschungsvorhaben einbezogenen Menschen in ihrer Würde und Persönlichkeit zu schützen. Überdies sieht der Verfassungsartikel vor, die Forschungsfreiheit zu wahren.

[hanswidmer@parl.ch](mailto:hanswidmer@parl.ch)  
Nationalrat aus dem  
Kanton Luzern



## JA ZUR TIERANWALT-INITIATIVE

# Gleich lange Spiesse

**Ein Hundehalter lässt seinen 16 Monate alten Hund für ein paar Stunden allein zu Hause. Nach seiner Rückkehr stellt er fest, dass dieser in der Wohnung einiges durcheinander gebracht hat. In seiner Wut sticht er mit einem 32 cm langen Küchenmesser in brutaler Weise auf den Hund ein.** Daniel Jositsch

Anschliessend wirft er das Tier in die Badewanne und schneidet ihm die Kehle auf (Beispiel aus Schweizer Tierschutzstrafpraxis 2008, Stiftung für das Tier im Recht, S. 27). Da dieses Handeln durch das Tierschutzgesetz unter Strafe gestellt ist, hat sich der Hundehalter vor Gericht zu verantworten. Damit seine Interessen optimal gewahrt werden, kann er sich von einem Anwalt vertreten lassen. Die Interessen

des Hundes werden hingegen lediglich von kantonalen Strafverfolgungsinstanzen gewahrt. Diesen fehlt es oft nicht nur an Fachkenntnissen in Sachen Tierschutz und Tierschutzrecht, sondern auch am Interesse für die Thematik. Ausserdem sind diese Instanzen häufig nicht an einem sich möglicherweise in die Länge ziehenden Gerichtsverfahren interessiert.

Nur wenn der Hund durch einen auf Tierschutzrecht spezialisierten Tieranwalt vertreten wird, können die Parteirechte angemessen gewahrt werden. Dadurch werden beide Parteien mit gleich langen Spiessen verteidigt und es kann ein fairer Prozess durchgeführt werden. Durch den Einsatz eines spezialisierten Tieranwalts kann ausserdem gewährleistet werden, dass der Täter angemessen bestraft wird. Dies hat wiederum für potenzielle Täter



eine abschreckende Wirkung. Bei den Tieranwälten handelt es sich um Juristen, die in der Lage sind, erfolgversprechende Verfahren von aussichtslosen zu unterscheiden. Folglich können unnötige Verzögerungen in der Verfahrenserledigung vermieden werden.

Mit der Tierschutz-Initiative werden die Kantone verpflichtet, die Interessen der geschädigten Tiere in einem Strafverfahren wegen Tierquälerei oder anderer Verstösse gegen das Tierschutzgesetz durch einen Tieranwalt vertreten zu lassen.

### DARUM GEHT ES

Damit das Tierschutzgesetz kein Papiertiger ist und durchgesetzt werden kann, braucht es einen **Tierschutzanwalt**. Dies stellt sicher, dass Misshandlungen geahndet und bestraft werden und die für den Tierschutz vorgesehenen Gesetzesbestimmungen einheitlich angewendet werden.

[daniel.jositsch@parl.ch](mailto:daniel.jositsch@parl.ch)  
Nationalrat aus dem Kanton Zürich und  
Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht an der Universität Zürich.  
Mitarbeit: lic.iur. Claudia Brunner



**Schweres Erdbeben bringt Not und Elend.  
Ihre Sofort-Hilfe für Haiti: PC 30-4200-3**



**Unsere Sofort-Hilfe:**

- Medizinische Versorgung
- Haushalts-Sortimente
- Obdach

**Ihre Sofort-Hilfe:  
PC 30-4200-3**

[www.redcross.ch](http://www.redcross.ch)

**Schweizerisches Rotes Kreuz**



Für eine umweltbewusste Hausbesitzerin wie mich gibt's nur eins: den Hausverein Schweiz!



**Hausverein  
SCHWEIZ**

Für umweltbewusste und faire EigentümerInnen

**Die linke Alternative zum  
Hauseigentümerverband.  
Jetzt beitreten!**

Tel. 031 311 50 55  
[kontakt@hausverein.ch](mailto:kontakt@hausverein.ch)  
[www.hausverein.ch](http://www.hausverein.ch)

Hildegard Fässler, Nationalrätin SP

**STOPPT DEN UNFAIREN HANDEL:  
RECHTAUFNAHRUNG.CH**

Auf dem Weltmarkt werden Nahrungsmittel wie Spielchips herumgeschoben. Profitgierige Spekulanten verschärfen mit ihren Geschäften das Hungerproblem. Helfen Sie, den unfairen Handel zu stoppen. [www.rechtaufnahrung.ch](http://www.rechtaufnahrung.ch)



**BROT FÜR ALLE  
FASTENOPFER**  
In Zusammenarbeit mit Partner sein

# Stärker in die Zukunft

**Die heisse Phase für die kantonalen Wahlen ist eingeläutet. Die SP kämpft mit einer glaubwürdigen Politik und klaren Aussagen und will im Parlament die stärkste Fraktion bleiben.** Irène Marti Anliker

In der Schweiz sorgen sich aktuell viele Menschen: «Verliere ich meinen Job?» – «Kann ich die Krankenkasse noch bezahlen?» – «Kriege ich genug Rente, oder werde ich zum Sozialfall?» «Macht denn niemand etwas gegen die Klimaerwärmung?» – «Hat mein Kind Chancen auf eine Lehrstelle?» Es gehört zum Selbstverständnis von uns SP-Mitgliedern, dass wir uns mit Herzblut und Verstand für mehr Gerechtigkeit, für mehr Menschlichkeit, für Fairness und für die Umwelt einsetzen. Die SP ist die Partei, die Menschen auch in schwierigen Situationen nicht einfach sitzen lässt. Die Kampagne für die Grossratswahlen will genau das zu den Menschen bringen.

Die SP fokussiert im Wahlkampf auf wenige Schwerpunkte und formuliert klare Botschaften. Die vom Parteitag verabschiedete Wahlplattform spricht fünf aktuelle Themen an und zeigt Lösungen auf, damit sich die Menschen weniger Sorgen machen müssen.

## Sichere Jobs

Die SP kämpft für den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir fordern Konjunkturprogramme für Zukunftsinvestitionen. Wir wollen schlecht isolierte Gebäude sanieren und mit erneuerbaren Energien bei uns Arbeitsplätze schaffen. Wir kämpfen gegen Arbeitslosigkeit und für eine Arbeitslosenversicherung, welche Halt in schwierigen Zeiten gibt. Jugendliche

benötigen in der Krisenzeit spezielle Unterstützung für einen guten Start ins Berufsleben.

## Sichere Renten

Ein flexibler Eintritt in den Ruhestand muss für alle Arbeitnehmenden möglich sein und die Renten sollen allen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen, nicht nur den Vielverdienenden. Deshalb wehren wir uns gegen

Stromproduktion, welche auf die Umwelt und die Menschen Rücksicht nimmt und Arbeitsplätze schafft. Wir wollen, dass endlich kräftig in Windturbinen, Wasserkraft und Solardächer investiert wird, und so aus der ruinösen Atomenergie aussteigen.

## Bezahlbares Gesundheitswesen

Mit tieferen Medikamentenpreisen, zukunftsfähigen Versorgungsstrukturen und einer Krankenkasse für alle können Kosten fair gesenkt werden. Es braucht mehr Prämienverbilligungen, mehr Prävention und eine bessere Betreuung von chronisch Kranken

## Gute Bildung

Wir wollen gute und faire Zukunftschancen für alle Kinder, darum braucht es individuelle Fördermassnahmen statt Selektion, genügend Kindertagesstätten, genügend Lehrstellen und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Das Wichtigste am 28. März wird aber sein, ob wir unsere Wählerinnen und Wähler an die Urne bringen. Darum müssen wir allen klarmachen: Wer zuhause bleibt, wählt bürgerlich – denn die Bürgerlichen mobilisieren kräftig.

Ich wünsche uns allen einen kraftvollen, kreativen und engagierten Wahlkampf. Danke schon jetzt für jeden Einsatz.

**GIBT ES EINE PARTEI, DIE MICH NICHT SITZEN LÄSST?**

Grossratswahlen 28. März, [www.spbe.ch](http://www.spbe.ch)

ja 

Abbaupläne bei der AHV und bei den Pensionskassen. Am 7. März kämpfen wir für ein klares Nein zu den überstürzten Rentenkürzungen.

## Saubere Energie

Die SP hat Rezepte für eine klimafreundliche Energiezukunft: effiziente Energienutzung, eine

## TSCHOU

### Gute Bilanz

Traditionsgemäss hat die SP/JUSO-Fraktion im Januar Bilanz über die vergangene Legislatur gezogen und diese den Medien präsentiert. Arbeitsplätze schaffen, erneuerbare Energien

fördern und für bezahlbare Gesundheit sorgen waren die Hauptziele der SP/JUSO-Fraktion 2006–2010. Es gab in diesen



Bereichen einige Erfolge zu feiern. So hat die SP/JUSO mit ihrem Vorstoss zur Förderung von Sanierungen mit Gebäudeenergieausweisen und zum Ersatz von Elektrowiderstandsheizungen ein Förderprogramm angestossen, das Investitionen von 150 Mio. Franken auslöst. Damit werden der CO<sub>2</sub>-Ausstoss gesenkt und gleichzeitig erneuerbare Energien gefördert und Arbeitsplätze geschaffen. Den Prämienhöhungen – Abbild der hohen Gesundheitskosten – tritt die SP entschieden entgegen. Die SP/JUSO forderte erfolgreich die Aufwertung der Hausarztmedizin und den Aufbau von Gesundheitszentren. Damit soll die Grundversorgung im ganzen Kanton gewährleistet werden, auch wenn der für die Kostensenkung notwendige Spitalbettenabbau kommt. Ein grosser Erfolg war Anfang der Legislatur das Ja zum Volksvorschlag zur Steuergesetzrevision. Der Volksvorschlag steht für Steuersenkungen mit Augenmass und senkt die Steuern für diejenigen, die es am nötigsten haben, nämlich für die Familien. Gleichzeitig blieben damit die Kantonsfinanzen im Lot und der Service public konnte erhalten bleiben.

Margreth Schär

Fraktionspräsidentin SP/JUSO



**Irène Marti Anliker**  
Parteipräsidentin  
SP Kanton Bern



«Die Deutungshoheit über die aktuellen politischen Herausforderungen zurückgewinnen»: Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz.



Der junge Ostschweizer Slampoet Renato Kaiser unterhält die SP-Mitglieder am Parteitag mit einer fulminant-satirischen Rede «zur Lage der Nation».

KANTONALER PARTEITAG DER SP BASEL-STADT IN RIEHEN

## «Die SP im Aufbruch»

**Die Riehener Gesamterneuerungswahlen und die Herausforderungen künftiger Gesundheits- und Spitalpolitik waren die thematischen Schwerpunkte am Parteitag der SP Basel-Stadt vom 6. Januar in Riehen.** Dieter Wüthrich

«Wir haben viel erreicht in unserer neuen Rolle als Regierungsmehrheit. Haben wir uns deshalb sogar schon zu sehr daran gewöhnt?» Diese Frage stellte Parteipräsident Martin Lüchinger an den Anfang seiner Rede zum Parteitag. Und gab auch gleich die Antwort, warum dieser das Motto «Die SP im Aufbruch» trug. «Angesichts der neuen Kräfteverhältnisse im Grossen Rat seit den Wahlen 2008 müssen wir weiterkommen und unser Profil schärfen.» Einerseits strebten die bürgerlichen Parteien eine drastische Reduktion der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung an, andererseits forderten die gleichen Parteien dauernd weitere Steuergeschenke an die ohnehin schon Privilegierten ein. Weitere Steuersenkungen würden indessen zwangsläufig dazu führen, dass dem Staat die notwendigen Mittel entzogen würden, um seine Kernaufgaben in den Bereichen des Gesundheitswesens, der

sozialen Sicherheit und der Bildung wahrzunehmen. «Dagegen müssen und werden wir uns als SP mit aller Kraft wehren.»

Der Aufbruch der Partei werde indessen nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es der SP wieder besser gelinge, die Menschen mit einer klaren und einfachen, aber nicht vereinfachenden Sprache von ihrer Politik zu überzeugen, mahnte der Parteipräsident abschliessend.

### «Der Kampf um die Deutungshoheit»

In eine ähnliche Richtung zielten die Ausführungen von Gastreferent Thomas Christen, Generalsekretär der SP Schweiz. «Wenn wir auf den aktuellsten Sorgenbarometer schauen, sind es vier Themen, welche die Leute am meisten beschäftigen: Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen, Altersvorsorge und soziale Sicherheit.» Gleichwohl sei vor allem

das Thema «Ausländer» in den Medien omnipräsent. Es sei deshalb Aufgabe der SP aufzuzeigen, dass die wahren Probleme in einer Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen, welche den Menschen schleichend den Boden unter den Füßen wegzieht. Vor allem aber müsse es der Partei gelingen, «die Deutungshoheit über die aktuellen Herausforderungen, über die Fragen und Antworten der aktuellen Zeit wieder zu erlangen».

### Stimmungsbild zum Gesundheitswesen

In zwei Grundsatzreferaten skizzierten SP-Nationalrätin Silvia Schenker und SP-Grossrat Philippe Macherel die Rahmenbedingungen künftiger nationaler und kantonaler Gesundheits- und Spitalpolitik. Im Fokus ihrer Ausführungen standen dabei insbesondere der Vorschlag der SP Schweiz zur Schaffung einer Einheitskrankenkasse, das System der so genannten «Managed care» (Vernetzung medizinischer Dienstleister) sowie die mögliche Auslagerung der staatlichen Spitäler in Basel-Stadt aus der kantonalen Verwaltung. Anhand eines Chancen-Ri-

siken-Profiles nutzten die Parteimitglieder die Möglichkeit, ihre Haltung zu den drei Themen zu definieren. Diese Meinungen der Basis sollen nun als Gedankenanstösse in die weitere Debatte zur Gesundheits- und Spitalpolitik in den verschiedenen Parteigremien einfließen.

### Eine Plattform für die Lokalpolitik

Aus aktuellem (Wahlkampf-)Anlass nutzte auch die SP Riehen die Plattform des kantonalen Parteitages. Gemeinderätin Irène Fischer und Gemeinderatskandidat Roland Lötcher vermittelten ihren Parteikolleginnen und -kollegen aus der Stadt einen informativen Überblick über die aktuellen Themen der Riehener Lokalpolitik. Besondere Erwähnung fand dabei das Projekt eines Naturbades an der Wiese als Ersatz für die alte Riehener Badi.



Dieter Wüthrich  
Co-Leiter Parteisekretariat  
SP BS



OLTEN SÜDWEST

# SP muss Kompass neu ausrichten

**In Olten steht ein ganzer Stadtteil zum Verkauf, und wir diskutieren heftig, wer der Käufer sein soll. Ein privater Zürcher Investor hat das Geld bereitgelegt und will auf den 20 Hektaren der ehemaligen Zementfabrik Hunziker 2000 günstige Wohnungen bauen. Grosse Teile der Bevölkerung wollen kein Billig-Ghetto, sondern eine hochwertige Oeko-Siedlung. Andere wollen einen Baggersee. Oder eine Motocross-Bahn. Und eine Volksinitiative verlangt, dass die Stadt das Gelände kauft und selbst bewirtschaftet.** Alex Capus

Was will die SP? Das ist schwer zu sagen. Es war eine SP-dominierte Stadtregierung, die ein aktives Engagement der Stadt ablehnte und dem privaten Investor den Vorzug gab. Die SP-Basis hingegen beschloss an einem Parteitag letzten Sommer, die Volksinitiative für einen städtischen Kauf von Olten Südwest zu unterstützen. Die SP-Fraktion des Gemeindeparlaments wiederum erteilte im Dezember der Nichteinmischungspolitik des Stadtrats einstimmig ihren Segen. Und der SP-Sektionspräsident schliesslich – das bin ich selbst – gehört zu den Erstunterzeichnern der Initiative.

## Mono-Überbauung oder Gleichgewicht?

So viele unterschiedliche Haltungen, und alle haben ehrbare Motive. Die Regierung hält es im Interesse der Stadtentwicklung für vordringlich, dass auf dem brachliegenden Gelände endlich etwas geschieht. Die SP-Fraktion kritisiert an der Initiative, dass die Stadt nichts kaufen könne, wo es keinen Verkäufer gibt. Und die Initianten befürchten, dass eine auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Mono-Überbauung die Stadt wirtschaftlich, ökologisch und sozial aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

## Unterschiedliche Meinungen müssen Platz haben

Als Sektionspräsident teile ich die Ansicht, dass in einer grossen demokratischen Partei wie der SP unterschiedliche Meinungen selbstverständlich Platz haben müssen. Richtig und

**Richtig und gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung.**

gesund ist auch, dass die Basis nicht immer dasselbe will wie Fraktion und Regierung, oder umgekehrt. In der Sache Olten Südwest allerdings bin ich persönlich der Meinung, dass die SP Olten ein bisschen ihren Kompass verloren hat und nicht mehr so recht weiss, wo links und rechts ist. Aus sozialdemokratischer Sicht scheint mir selbstverständlich, dass die öffentliche Hand eine aktive Liegenschaftspolitik zu betreiben hat; so steht es auch im Leitbild der SP Olten. Es scheint mir klar, dass man aus linker Perspektive misstrauisch sein muss, wenn ein Zürcher Monopolkapitalist auftaucht und zwecks Mehrung seines Profits einen ganzen Stadtteil kaufen will. Für mich ist klar, dass die wenigen verbliebenen Landreserven im

Interesse der Öffentlichkeit bewirtschaftet werden müssen. Und wer kann das besser: die öffentliche Hand oder ein Zürcher Kapitalist?

## Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen und der Blick nach vorne

Letztlich meine ich, dass die Debatte zurückzuführen ist auf einen typisch oltnerischen Mangel an Selbstvertrauen. So viel Land verwalten – das können wir doch gar nicht. Das überlassen wir lieber einem privaten Billigbauer und hoffen, dass trotzdem etwas Rechtes dabei rauskommt. Dies führt zum bizarren Resultat, dass die SP die Interessen des Kapitals vertritt und eine aktive städtische Immobilienpolitik ablehnt. Kann daraus etwas Gutes entstehen? Die SP muss wieder ihren Kompass hervorheben und nachschauen, wo's aus sozialdemokratischer Sicht langgeht. Wichtig sind die Bedürfnisse der Menschen, nicht die Profite eines privaten Investors. Gewiss hatte die SP Olten in den Jahren der Regierungsmehrheit eine städtische Politik kollegial mitzutragen, die nicht immer sozialdemokratischen Grundsätzen entsprechen konnte, aber diese Zeiten sind seit der letztjährigen Wahl Niederlage vorbei. Wenn die SP-Fraktion im Parlament weiter politisiert, als müsse sie einer verlorenen Regierungsmehrheit gegenüber loyal sein, ist dies für die Bevölkerung wenig hilfreich. Die Zuversicht ist gross, dass der Wind dreht und das Selbstvertrauen steigt.

Alex Capus  
ist SP-Sektionspräsident  
in Olten



## Sorgenbarometer

Wie sähe Dein persönlicher Sorgenbarometer aus? Jedenfalls gibt es ein «offizielles» Sorgenbarometer. Dafür werden in der Schweiz jährlich über 1000



repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte befragt. Auf den vorderen Plätzen des Sorgenbarometers 2009

sind weder die Schweinegrippe noch das Minarettthema zu finden. Nein, es sind ganz konkrete und reale Probleme und Ängste, die die Schweizer Bevölkerung beschäftigen. Nachfolgend die häufigsten Nennungen auf die Frage «Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?». Platz 1: Arbeitslosigkeit 66 Prozent, Platz 2: Gesundheitswesen 36 Prozent, Platz 3: Altersvorsorge 36 Prozent, Platz 4: Soziale Sicherheit 31 Prozent, Platz 5: Finanzkrise 29 Prozent. Diese Gewichtung zeigt klar, wo der Schuh drückt: Es sind sozialpolitische Fragen. Die Angst vor dem Stellenverlust und dessen Folgen, der Druck steigender Kosten und Krankenkassenprämien im Gesundheitswesen. Die Sorge um die soziale Sicherheit allgemein und natürlich die Folgeprobleme, die die Finanzkrise ausgelöst hat. Diese Realität deckt sich mit meiner Wahrnehmung. 2009 war ein ganz schwieriges Jahr. Jugendliche hatten Probleme mit dem Einstieg ins Berufsleben. Tausende Arbeitnehmende verloren in der Krise ihren Job. Über 225 000 Menschen sind auf Arbeitssuche. Auch 2010 stehen die Folgen der Wirtschaftskrise im Zentrum. Sie müssen bewältigt werden. Und zwar sozial.

Max Chopard-Acklin von Nussbaumen ist SP-Nationalrat.

David Zehnder



### STRUKTUREFORM DER KANTONALPARTEI

# Parteitag heisst Reformweg gut

**Am Parteitag vom 11. Januar wurde die Strukturreform für die SP Aargau von der Projektgruppe vorgestellt und nach eingehender Diskussion im Grundsatz beschlossen. Vom 15. Februar bis zum 10. März läuft die Vernehmlassung zu den Grundsätzen in Bezirken, Sektionen, Interessengruppen und der Grossratsfraktion. Für den Parteitag vom 8. Mai wird die Genehmigung der neuen Statuten traktandiert.** Katharina Kerr

Diese Reform ist überfällig, die SP Aargau als Nonprofit-Organisation braucht endlich Strukturen, die den Dampfer steuerbar machen: So argumentierten die meisten Rednerinnen und Redner an diesem sehr gut besuchten Parteitag im Aarauer Grossratsgebäude. Fragen kamen vor allem aus dem Fricktal, auch ein abweichender Vorschlag von Ursula Nakamura. Am Ende der von Parteipräsident Marco Hardmeier geleiteten Diskussion aber wurde das von der Parteileitung vorgeschlagene Gerüst der neuen Führungsstruktur von den Delegierten einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Grossrätin Kathrin Nadler (Lenzburg) stellte das Grundlagenpapier der Projektgruppe vor. Im

wesentlichen besteht die Reform in einer Entflechtung der Zuständigkeiten nach Grundsätzen der richtigen Geschäftsführung (good governance). Kein bisher eingebundenes Organ und keine Gruppierung wird ausgeschlossen; die Entscheidungsprozesse sind so angelegt, dass eine breite Meinungs-

## Die SP Aargau braucht Strukturen, die den Dampfer steuerbar machen.

bildung weiterhin erfolgen kann. Das Parteipräsidium erhält mehr Entscheidungskompetenzen, eine kleinere Geschäftsleitung nimmt die Prozessverantwortung (Controlling) in allen Bereichen wahr, und die Konferenz der Präsidien, in der neu die Interessengruppen und die Basisvertretungen

arbeiten, hat strategische Aufgaben. Die Grossratsfraktion wird als ausführendes Organ der Partei definiert und organisiert sich zwar selber, soll ihre Entscheide aber mit der Partei abstimmen. Das Parteisekretariat als zentrale Dienstleistungsstelle für Partei und Grossratsfraktion setzt die Beschlüsse und Entscheide um. Der Parteitag bleibt das letztinstanzliche Gremium mit abschliessender Entscheidungskompetenz. Besondere Aufmerksamkeit soll der internen und externen Kommunikation zukommen.

Die Projektgruppe, bestehend aus Beat Frischknecht, Barbara Loppacher, Barbara Kunz-Egloff, Ruedi Lanz und Kathrin Nadler, erhielt viel Lob für ihre professionelle Arbeit.

Das Grundlagenpapier ist online abrufbar: [www.sp-aargau.ch/uploads/media/100111\\_dokument\\_projektgruppe\\_strukturreform.pdf](http://www.sp-aargau.ch/uploads/media/100111_dokument_projektgruppe_strukturreform.pdf).



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.



Der Klimagipfel in Kopenhagen: Eine peinliche Vorstellung für die gesamte Menschheit.

## Zug nach «Floppenhagen»

**Eigentlich ist die Ausgangslage klar: Wenn wir jetzt in der Klimapolitik nicht handeln, geht unser Planet vor die Hunde. Eigentlich. Das haben inzwischen breite Bevölkerungskreise verstanden und setzen sich ein. Selbst die internationale Staatengemeinschaft – so schien es bis vor kurzem – sieht die Dramatik der Situation ein.** Cédric Wermuth

Mit einem Spezialzug, dem «Klimaexpress», an die Konferenz in Kopenhagen wollten die SBB und Bundesrat Moritz Leuenberger dies nochmals deutlich unterstreichen. Befrachtet mit einer Schar Journalisten, ParlamentarierInnen, SchülerInnen und den PräsidentInnen der Jungparteien startet der Klimaexpress Mitte Dezember nach Kopenhagen. Auf der 17-stündigen Fahrt wird viel diskutiert, über die Hoffnungen und Chancen der Konferenz von «Hopenhagen» – der Konferenz der letzten Hoffnung.

Nach der Ankunft in Kopenhagen erwartet uns ein voll befrachtetes Programm: Frühstück bei der Dänischen Bahn, Stadtrundfahrt und vor allem ein Austausch mit der Schweizer Verhandlungsdelegation. Die Aussichten sind bereits da eher ernüchternd. Eben ist die Versammlungspräsidentin zurückgetreten. Und auf die Frage, welches Resultat zu erwarten sei, wissen die Mitglieder der Schweizer Delegation nicht so recht zu antworten. Man merkt: Es ist ihnen irgendwie peinlich, obwohl sie wenig dafür können. Schnell wird klar – auch wenn es niemand so sagen will: Alles hängt von den Industriestaaten ab. China weigert sich, konkrete Ziele zu unterschreiben, wenn die USA ihre Hilfe nicht aufstocken. Das gleiche gilt für die

Entwicklungsländer, die verständlicherweise auf ihrem Recht auf Entwicklungshilfe beharren, aber bei den reichen Ländern aus dem Norden auf taube Ohren stossen. Ein Scheitern der Konferenz wird absehbar.

Am Abend des gleichen Tages machen wir uns wieder auf die Rückreise. Thema sind jetzt nicht mehr die Hoffnungen auf «Hopenhagen», sondern die Enttäuschung von «Floppenhagen». Die Mächtigen der Welt haben wieder einmal demonstriert, wie kaltblütig egal dem weltweiten Raubtierkapitalismus das Schicksal unseres Planeten ist. Eine peinliche Vorstellung für die gesamte Menschheit. Die Lektion ist klar: Wir können und dürfen nicht mehr auf die internationalen Konferenzen der Mächtigen warten, wir müssen jetzt, in der Schweiz, handeln. Die Klimainitiative, die SP und JUSO

**Die Mächtigen der Welt haben wieder einmal demonstriert, wie egal dem Raubtierkapitalismus das Schicksal unseres Planeten ist.**

zusammen mit anderen Parteien und Organisationen lanciert haben, will, dass die Schweiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2020 um 30 Prozent senkt (im Vergleich zu 1990). Sie verdient mehr denn je unsere Unterstützung.

→ [www.klimainitiativeja.ch](http://www.klimainitiativeja.ch)



[cedric.wermuth@spschweiz.ch](mailto:cedric.wermuth@spschweiz.ch)  
Vizepräsident der SP Schweiz und  
Präsident der JUSO Schweiz

### Dürftige Klimapolitik

**BERN** Die Umweltkommission des Nationalrats ist auf die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes eingetreten. Das Reduktionsziel fällt mit 20 Prozent im In- und Ausland jedoch ein bisschen sehr bescheiden aus. Die SP verlangt ein ehrgeizigeres Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent bis 2020 im Inland. Dies sieht auch die von der SP mitlancierte Klimainitiative vor. Ausserdem sind Energieeffizienz und erneuerbare Energien endlich zu fördern. Dies verlangt die SP mit ihrer Eidgenössischen Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien», die in wenigen Wochen lanciert werden wird.

### Gegen Pauschalbesteuerung

**SANKT GALLEN** Anfang Januar hat die St. Galler SP eine kantonale Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung eingereicht. Die SP sieht in den Sonderabkommen mit reichen AusländerInnen eine massive Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit gegenüber schweizerischen Steuerzahlenden. Die Sonderregelungen fördern die Steuerflucht und untergraben die Steuermoral. Mit der Einreichung ist ein Etappenziel erreicht: Nachdem in Zürich letztes Jahr eine Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer angenommen wurde und auch im Thurgau eine solche Initiative lanciert worden ist, kann so Druck aufgebaut werden, um eine schweizweite Abschaffung zu erreichen.

### Neue Rekordarbeitslosigkeit

**BERN** Die Arbeitslosigkeit steigt stetig, die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird immer schwieriger. Auch im neuen Jahr ist zunächst noch keine Besserung in Sicht: Es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosenquote auf über 5 Prozent ansteigt – über 200 000 Menschen wären dann direkt betroffen. Die SP setzt die Stabilität der Arbeitslosenversicherung, die Sicherheit der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Jobs ganz oben auf die politische Agenda.

### Deine Meinung ist gefragt

**BERN** Die SP Schweiz wird im Laufe dieses Jahres ihre Website neu gestalten. Zum ersten Mal können im Vorfeld auch die Benutzerinnen und Benutzer der Website ihre Meinung zur bisherigen und ihre Anregungen für die neue Website abgeben. Unter [www.spschweiz.ch/website2010](http://www.spschweiz.ch/website2010) findest Du einen Fragebogen, den du online ausfüllen kannst. Keine Angst, mehr als 5 Minuten brauchst du dazu nicht. Die Antworten werden nach dem Ende der Umfrage ausgewertet und fliessen in die Planung der neuen Website ein. Zudem wird eine Zusammenfassung auf der Website veröffentlicht werden. Also: «links» kurz beiseite legen und sofort den Fragebogen ausfüllen.

## KNALLROT

Julia Gerber Rüegg  
Co-Präsidentin der  
SP-Frauen Schweiz



## Frauen gegen Rentenklau

Am 7. März stimmen wir ab über die Senkung des Umwandlungssatzes im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG). Der Umwandlungssatz bestimmt, wie viel Rente wir für unser Pensionskassenkapital bekommen. Bis 2003 gab es pro 100 000 angesparte Franken jährlich 7200 Franken Rente. Weil die Menschen immer älter werden, hat das Parlament 2003 den Umwandlungssatz auf 6,8 Prozent gesenkt. Schrittweise, bis 2014.

Damit wird die höhere Lebenserwartung ausgeglichen. Bevor dieser Beschluss vollständig umgesetzt ist, verlangen die Pensionskassen und Versicherungen mit dem genau gleichen Argument eine weitere Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,4 Prozent bis zum Jahr 2016. Pro 100 000 Franken Alterssparkapital gäbe es dann jährlich nur noch 6400 Franken Rente. Das sind 800 Franken oder gut 11 Prozent weniger als früher.

Über die zweifelhaften Motive der Versicherungen und ihrer LobbyistInnen im Parlament und im Vorzimmer des Bundesrates wird viel geschrieben. Fakt ist: Den Versicherungen geht es gut. Sogar im Krisenjahr 2008 haben sie Gewinne ausgewiesen.

Anders die Situation der Frauen. Sie trifft diese weitere Rentenkürzung hart. Deshalb, weil bedeutend mehr Frauen als Männer bereits während ihrer Erwerbstätigkeit unter prekären Verhältnissen leben. Ihr relativ niedriges Einkommen, Teilzeitanstellungen und die Erwerbsunterbrüche aufgrund der Übernahme von unentgeltlicher Familienarbeit wirken sich negativ auf ihre Vorsorge aus, so dass AHV und BVG zusammen die Existenz im Alter nicht mehr zu sichern vermögen.

Die minimalen Pensionskassenrenten liegen zwischen 1000 und 1500 Franken. Eine Senkung gegenüber heute von rund 11 Prozent bedeutet 110.– bis 165.– weniger Rente pro Monat. Vergessen wir nicht, dass Frauen ihren Beitrag an den Ausgleich der höheren Lebenserwartung bereits zweimal bezahlt haben, nämlich mit der ersten Senkung ab dem Jahr 2005 und mit der Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. Selbst zusammen mit der AVH reicht so das Einkommen für viele Frauen nicht mehr für ein Alter in Würde. Das ist unhaltbar.

## «Was ist das, IPU?»

**Die Aargauer Nationalrätin Doris Stump ist seit letztem Oktober Mitglied im Exekutiv Ausschuss der Interparlamentarischen Union (IPU). Seit 1921 hat diese ihren Sitz in der Schweiz – trotzdem kennt kaum jemand diese Institution.** Interview: Stefan Krattiger

*Welche Funktionen hat dieser Ausschuss?*

Das «executive committee» ist das Leitungsgremium der IPU, beaufsichtigt die Verwaltung der IPU, das heisst den Generalsekretär und seine Mitarbeitenden, und bereitet die grossen Konferenzen vor, legt jährlich ein Arbeitsprogramm und ein Budget vor und kontrolliert die Umsetzung der Beschlüsse des IPU-Rats. Ich vertrete im Exekutiv Ausschuss zusammen mit drei Kollegen aus Belgien, Frankreich und Schweden die geopolitische Gruppe «douze plus», das heisst die Mitgliedstaaten des Europarates inklusive Kanada, Australien und Neuseeland. Insgesamt setzt sich das Exekutivkomitee aus 17 Mitgliedern zusammen, welche die insgesamt sechs geopolitischen Gruppen beziehungsweise Weltregionen vertreten.

*Welches sind deine Aufgaben, Vorhaben und Ziele?*

Einerseits wird meine Arbeit darin bestehen, Budget/Rechnung und Jahresplanung kritisch zu begleiten. Es gab in den letzten Jahren einige Kritik an der Geschäftsführung des Generalsekretärs, unter anderem wegen seiner etwas gar dominierenden Stellung in der IPU mit kontinuierlich wechselnden ParlamentarierInnen. Ich wurde nicht zuletzt deshalb gewählt, weil ich angekündigt hatte, dass ich mich für eine Stärkung der ParlamentarierInnen in der Leitung der IPU einsetzen werde. Inhaltlich werde ich mich vor allem in zwei Bereichen engagieren: Erstens bei der Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Verbesserung der Gleichstellung von Frau und Mann, zweitens bei der Zusammenarbeit mit der UNO. Als

«Weltorganisation der nationalen Parlamente» sieht sich die IPU als logische Partnerorganisation der Uno.

*Auf was freust du dich am meisten?*

Ich freue mich vor allem auf die engere Zusammenarbeit mit ParlamentarierInnen aus der ganzen Welt und auf die Möglichkeit, meine Überlegungen zu Demokratie, Menschenrechte, Gleichstellung und nachhaltige Entwicklung einbringen zu können. Zudem freue ich

**Als «Weltorganisation der nationalen Parlamente» sieht sich die IPU als logische Partnerin der Uno.**

mich auf die 125. Konferenz im Oktober 2011, die auf Einladung des schweizerischen Parlaments in Bern durchgeführt werden wird.

Schweiz lädt als Gastgeberin zu dieser Jubiläumsversammlung ein, weil sie seit 1920 Sitzstaat der IPU ist. Dies wird uns Gelegenheit geben, die Arbeiten der IPU in der Schweiz bekannter zu machen und die Schweiz den Gästen aus aller Welt als attraktiv und weltoffen zu präsentieren.



## IPU

Die Aargauer Nationalrätin Doris Stump ist seit Oktober Mitglied im Exekutiv Ausschuss der Interparlamentarischen Union (IPU). Die IPU ist die Weltorganisation der nationalen Parlamente. Gegründet wurde sie 1889, der Sitz ist in Genf. 152 nationale Parlamente sind Mitglied der IPU. Zweck dieser Organisation ist der Dialog unter ParlamentarierInnen sowie der Einsatz für Frieden, Menschenrechte und demokratische Institutionen.

# «Wasserträger der Banken»

«Der Bundesrat und die Finanzmarktaufsicht haben Tausende UBS-Kundendaten an die USA ausgehändigt. Dass das widerrechtlich geschehen ist, war klar und ist jetzt auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden. Der Bundesrat, allen voran Hans-Rudolf Merz, hat versagt und sich zum Wasserträger der Banken degradieren lassen. Was nun?»

Brigitte, Zürich

Ursula Wyss: Das Bundesverwaltungsgericht hat klargemacht: die Herausgabe der UBS-Kundendaten durch die Finma war illegal. Das Gericht hat zudem festgehalten: Es war der Bundesrat, der die Finma angewiesen hat, illegal zu handeln. Und seit den Enthüllungen der Sonntagspresse wissen wir: Der Bundesrat wusste damals ganz genau, dass er illegal handelt. Er fühlte sich in einer Notsituation.

## «Die Grossbanken geniessen eine faktische Staatsgarantie.»

Nur getraute er sich nicht, noch ein weiteres Mal Notrecht für die UBS anzuwenden. Wenige Monate zuvor hatte er dies schon für die 68-Milliarden-Rettung getan.

Die Frage, die uns auch ein Jahr danach beschäftigt, ist: Wie konnte es überhaupt so weit kommen, dass sich der Bundesrat in eine solch verfahrenere Situation hineinmanövrierte? Ein Grund ist sicher die Schwäche des Finanzministers. Aber wir müssen uns auch die Macht der Bankenlobby vergegenwärtigen. Jahrelang ist es dieser gelungen, Verwaltung und Aufsicht für ihre Interessen zu instrumentalisieren.

Das Parlament hat bereits 1998 die Bankenkommision (EBK, heute Finanzmarktaufsicht Finma) mit einer verbindlichen Motion angewiesen, bei den Grossbanken die Eigenkapitalquote anzuheben, um im Fall einer Krise die möglichen negativen Auswirkungen auf die Schweizer Volkswirtschaft zu reduzieren. Ein langes Jahrzehnt waren Bundesrat, Verwaltung und Bankenaufsicht jedoch zu schwach, dies auch durchzusetzen. Seither ist es nicht besser, sondern noch schlimmer geworden: Seit 2006 wird die Finma von Dr. Eugen Haltiner präsiert, der seine gesamte berufliche Laufbahn (seit 1973) bei der UBS, beziehungsweise deren Vorgängerunternehmen SBG, absolvierte und als Frührentner heute noch Monat für Monat eine Rente (von geheimer Höhe) von der Pensionskasse der UBS bezieht.

Eugen Haltiner durch eine unabhängige und starke Persönlichkeit zu ersetzen und der Finma mehr Ressourcen und Kompetenzen zuzugestehen, reicht aber noch nicht. Die Machtposition der Grossbanken gegenüber dem Bundesrat rührt grundsätzlich daher, dass die Grossbanken aufgrund ihrer Systemrelevanz eine faktische Staatsgarantie geniessen. Ohne Gegenleistung tragen wir alle das Risiko mit. Wenn wir dafür keine Lösung finden, wird der Staat und damit wir Steuerzahlende auch in der nächsten Krise wieder zu Geiseln der Grossbanken.

Hast du eine Frage, die du einer Parlamentarierin oder einem Parlamentarier stellen möchtest, aber bisher keine Gelegenheit dazu gehabt? Dann schicke deine Frage (maximal 500 Zeichen lang) an nachgefragt@spschweiz.ch

## In «Aschis» Fusstapfen

**SOLOTHURN** Kantonsrat Roberto Zanetti zieht für den Kanton Solothurn in den Ständerat ein. Satte 49.81 Prozent der Stimmen entfielen am Wahlsonntag auf «Röbu». Roland Fürst (CVP) und Heinz Müller (SVP) blieben chancenlos. Die SP konnte dank der hervorragenden Kandidatur den Sitz des verstorbenen Ernst «Aschi» Leuenberger im Stöckli erfolgreich verteidigen. Roberto ist ein erfahrener Vollblut-Politiker, der als ehemaliger Regierungsrat die Probleme und Bedürfnisse seines Heimatkantons bestens kennt und als früherer Nationalrat auch auf dem nationalen Politparkett zu Hause ist. Herzliche Gratulation!

## SP setzt auf Initiative

**BERN** Der Bundesrat nimmt Teilanliegen der «Landschaftsinitiative» auf, geht aber zu wenig weit. Die SP zieht die von ihr unterstützte Volksinitiative dem Gegenentwurf klar vor. Die Initiative sorgt dafür, dass für 20 Jahre die Fläche des Baulandes in der Schweiz insgesamt nicht vergrössert wird. Damit verhindert die Initiative das Bauen aber keineswegs – es soll dort gebaut werden, wo bereits Siedlungsraum besteht. Die unkoordinierte Raumplanung der letzten Jahrzehnte hat die Siedlungsfläche stark wachsen lassen und zur Zersiedelung beigetragen.

## UBS-Affäre: SP will PUK

**BERN** Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt die Notwendigkeit einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Das jahrelange Festklammern an der künstlichen Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug rächt sich nun. Der Bundesrat hatte es trotz deutlicher Zeichen versäumt, mit einer echten Strategie rechtzeitig eine international akzeptierte Lösung zu finden und der Annahme von Steuerfluchtgeldern eine endgültige Absage zu erteilen. Die Verantwortlichkeit in der Affäre muss geklärt werden – dafür ist eine PUK das einzig taugliche Instrument.

## Grosse Aufgabe für Hasler

**BERN** Peter Hasler ist als neuer Verwaltungsratspräsident der Post gefordert: Er muss das Unternehmen mit Augenmass leiten und wieder in ruhigere Gewässer führen. Der Service public muss bei der Post im Zentrum stehen. Aber auch die Politik muss sich wieder mit der Post befassen: Die Sicherstellung eines flächendeckenden Poststellennetzes, die Eigenfinanzierung von qualitativ hochstehenden und für alle zu gleichen Preisen zugänglichen Dienstleistungen über das Briefmonopol und der Ausbau der Postfinance durch eine Bankenlizenz müssen dabei im Zentrum stehen. Diese Forderungen beinhaltet auch die von der SP mitlancierte Postinitiative.



## ROTSTICH

## Jesus würde einen Offroader fahren

Was macht eigentlich die Freiheitspartei? Einige Genossinnen und Genossen mögen sich sicher noch dunkel an den rechtsgesteuerten SVP-Seitenwagen erinnern. Vorweg: Es gibt sie tatsächlich noch. Oder zumindest ihre Website. Eine Partei, die sich motorisiert und vollumfänglich in das schützende Reduit des WWW zurückgezogen hat und dies die surfende (böse) Welt wissen lässt. Um den Abstieg von der real existierenden politischen Randerscheinung in die vollumfängliche Bedeutungslosigkeit zu dokumentieren, haben die Autofundis gar erneut ihren Namen abgestreift. Die Rechtsaussenhaudeggen, formerly known as Freiheitspartei, formerly known as Auto-Partei, nennen sich neu – Achtung! – «auto-partei.ch».

Wow, ein Knüller. Da haben sich die wackeren Mannen und Frauen flugs das «.ch» geschnappt, das nach dem Grounding des gleichnamigen Gratis-Blättchens ein einsames und unbeachtetes Dasein fristete. Modernität soll das äüä ausstrahlen. Als wollten sie durch das heruntergekurbelte Autofenster in die Welt hinausbrüllen: «Hey, wir wissen, dass es das Internet gibt, wir sind verbunden!» Mit der Welt, mit den Menschen. Überhaupt scheint die Truppe beneidenswert verdrahtet zu sein. So weiss sie auch, dass «Jesus ja sagen würde» zur Minarett-Initiative. Und einen süffigen Offroader würde er auch fahren. Bestimmt.

Da hat sich das «links» sein Anhängsel ja gerade noch rechtzeitig amputiert. Noch nicht lang' ist's nämlich her, da hat sich schon das bei den Wehrmännern und -frauen ausserordentlich geschätzte Armee-Heftli vom biedereren «Armee Aktuell» zum hippen «armee.ch» gemausert. Zwecks «Modernisierung». Liebe AutofetischistInnen, liebe Armee: Netter Versuch, bloss mindestens zehn Jahre zu spät. Wie immer, halt.

Stefan Krattiger

Seit Anfang Jahr arbeiten **Christina Klausener** und **Patrick Angele** Teilzeit für die am letzten Parteitag beschlossene Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien».



Zwei vertraute Gesichter, die für diese Herausforderung bestens gerüstet sind: Christina Klausener hat letztes Jahr ihr dreimonatiges Praktikum in der Kampagnen-Abteilung absolviert und Patrick Angele, derzeit erster Vizepräsident des Dübendorfer Gemeinderats, kennt das Kampagnenhandwerk als Mitglied der JUSO-Geschäftsleitung und als GSoA-Sekretär aus dem Effeff. Bevor es mit der SP-Initiative in wenigen Wochen endlich losgehen kann, bleibt für die beiden noch viel zu tun.

Viel zu tun hatte auch die Redaktion von «links»: Fast 500 Genossinnen und Genossen haben nämlich die Feiertage genutzt, um das Kreuzworträtsel von Hans-Jürg Fehr zu lösen und das Lösungswort NATIONALBANK zu knacken. Entsprechend voll waren



das Post-Fächli und die Mail-Inbox des Chefredaktors nach den Weihnachtsferien. Die Übernachtung für zwei Personen im Parkhotel Brenscino in Brissago geht an **Lukas Hartmann** aus Basel, je ein Reka-Check à 50 Franken an Silvia Meier-Hirt in Zürich und an Ursula Sawatzki in Trin. Herzliche Gratulation!

Eine Antwort auf seinen Brief hatte er bekommen: Die Gehilfenschaft zu im Ausland verübten Steuerdelikten sei nicht strafbar, beschied die Zürcher Staatsanwaltschaft **Christian Levrat** und mochte auf seine Strafanzeige gegen Ospel & Co. gar nicht erst eintreten. Inzwischen hat das Bundesverwaltungsgericht be-

## ZITAT DES MONATS

## «Auf Umgehungsmöglichkeiten sind die Banken spezialisiert.»



Das stellt der emeritierte Banken-Professor **Rudolf Volkart** in der «Thurgauer Zeitung» fest. Dass die Grossbanken unsere Demokratie und die Fairness mit Füßen treten, zeigen die neuesten Boni bei der UBS. Ausgerechnet. Sogar Bürgerliche sind empört. Ob's Konsequenzen hat? Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

stätigt, dass die Herausgabe von Kundendaten unrechtmässig war.



Das Gericht hält implizit fest, dass die UBS in eine existenzbedrohliche Situation hineinmannövriert wurde. Ein Umstand, der offensichtlich als derart gravierend einzustufen ist, dass in-

direkt vom Bundesverwaltungsgericht attestiert wird, der Bundesrat hätte die Herausgabe der entsprechenden Daten aufgrund von so genanntem Notrecht verfügen können. Verursacht wurde diese existenzbedrohliche Situation offensichtlich durch das Missmanagement der damaligen UBS-Spitze. Für die SP Grund genug, wiederum eine Strafanzeige einzureichen.

## WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

57

## Staat und Krise

Finanzmarktkrise, Staatsinterventionismus, Green New Deal; Staaten in Afrika; Geschlechtergerechtigkeit; Staatsleitbilder und marktliberaler Diskurs; Finanz- und Steuerpolitik; Kritische Arbeitssoziologie; Post-Neoliberalismus; Deglobalisierung – Strategie von unten; Arbeitnehmer/innenrechte in Europa

E. Altvater, H. Melber, B. Sauer, H.-J. Bieling, D. Lampart, W. Vontobel, J. Wissel, K. Dörre, U. Brand, H. Schächli, P. Rechsteiner

## Diskussion

M. Vester: Wirtschaftlicher Pfadwechsel  
P. Oehlke: Soziale Demokratie und Verfassungspolitik  
C. v. Werlhof: Post-patriarchale Zivilisation  
W. Völker: André Gorz' radikales Vermächtnis

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)  
zu beziehen im Buchhandel oder bei  
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich  
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

## LESERINNENBRIEFE

## «links 105» – Bild des Monats

## Ab in den Himmel – und dann?

Unter den Titeln «Die SP hat auch in Umweltfragen etwas zu sagen» und «Bild des Monats» sieht man im links SP-Exponenten mit Luftballons hantieren, um diese anschliessend fliegen zu lassen. Nur, wohin fliegen die Ballone und vor allen Dingen, wo bleibt der Abfall, der aus diesen entsteht? Von grüner Seite ist mir gesagt worden, dass die zerplatzten Ballone, egal ob auf dem Wasser oder auf dem Land, eine erhebliche Gefahr für unsere Tierwelt darstellen. Wasservögel verschlucken sich an den Gummiresten, Fische ersticken daran, und auch Wiesen- und Waldtiere verenden oftmals jämmerlich, nachdem sie Teile der Ballone mit ihrer Nahrung zu sich genommen haben. Klar, so eine Ballon-Aktion ist spektakulär, und auch wir in der SP Entlebuch haben anlässlich von Wahl- und

Abstimmungskämpfen zu den beliebten roten Luftballons gegriffen, bis – siehe oben. Genauso wie sich jede Genossin, jeder Genosse überlegen sollte, ob er sein Gipfeli oder seine Zeitung unbedingt mit dem Auto posten muss, sollten wir uns auch überlegen, ob es unbedingt eine Ballon-Aktion sein muss, um Aufmerksamkeit zu erregen!

*Karin Strässle, Escholzmatt*

## «links 105» – Knallrot

## Deplatziert: Äusserungen zur Burka

Die Verlautbarungen der Co-Präsidentin der SP-Frauen just am Tag nach der Annahme des Minarett-Verbots haben mich entsetzt. Mag sie nun als «Anhängerin eines Burka-Verbots» falsch zitiert worden sein oder nicht. Meiner Meinung nach war es mehr als deplatziert, sich nun auch noch zum

Tragen der Burka zu äussern. Warum stellt Gerber Rüegg nicht einfach fest, dass es der SVP und den Initianten des Minarett-Verbots weder um Minarett, Kopftuch oder Burka geht, sondern einfach darum, eine Bevölkerungsgruppe zu diffamieren. Kein Wort über rassistische Entgleisungen und systematische Hetze. Der Hinweis, dass die rechtskonservativen Frauen und Männer für Integrationsbemühungen und Gleichstellungsfragen überhaupt nichts übrig haben, ist in diesem Kontext geradezu obsolet.

*Rosemarie Heilmann, Basel*

## LeserInnenbriefe

Je kürzer dein LeserInnenbrief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. SP Schweiz, Redaktion «links», Spitalgasse 34, 3001 Bern. [leserinnenbriefe@spschweiz.ch](mailto:leserinnenbriefe@spschweiz.ch).

## BILD DES MONATS



© Keystone/Keystone/Peter Schneider

© Clau Dermont

**Grosse Solidarität mit den Erdbeben-Opfern auf Haiti:** Über 20 Millionen Franken sind allein am 21. Januar, dem nationalen Sammeltag der Glückskette, zusammengekommen. Aktiv und mittendrin auch Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, die in Bern Spendenanrufe entgegengenommen hat. Wer noch spenden will, kann das nach wie vor tun: Postkonto 10-15000-6 (Vermerk «Haiti»).

## ROTE OHREN

Als würde seine Polit-Karriere nicht bereits steil genug verlaufen, wird **Cédric Wermuth** nun



auch noch von der NZZ politisch geadelt. «Der Präsident der Juso Schweiz, der Aargauer Nationalrat

Cédric Wermuth,

distanzierte sich von den Gewalttaten», weiss die alte Tante am 7. Januar zu vermelden. Anlass ist eine Serie von Brandanschlägen auf Aarauer Autos, verübt von Linksautonomen. Einigermassen geschmeichelt, unterlässt es der JUSO-Chef und SP-Vizepräsident tunlichst, sich ausdrücklich von dieser unfreiwilligen Amtsanmassung zu distanzieren.

Nachdem er bereits seit einigen Tagen inoffiziell sein Unwesen im Zentralsekretariat treibt, will es der **Fair Bär** jetzt wissen: Am



Weltwirtschaftsforum in Davos will er Klaus Schwab höchstpersönlich eine Unterschrift für die 1:12-Initiative der JUSO

abringen. Die Chancen stehen gut – sofern der WEF-Boss zu seinem Wort steht. Im «Sonntag» hatte er einst zu Protokoll gegeben, dass er derartige Lohn-Massstäbe durchaus sinnvoll finde. Wer dranbleiben will, «addet» das unerschrockene Kuschelmonster mit Gerechtigkeitssinn auf Facebook.

Die SP ist eine Volkspartei, das haben wir immer schon gewusst. Nichtsdestotrotz ist es schön, dass dieser Umstand jetzt von offizieller Stelle bestätigt wird: An die «Sozialdemokratische Volkspartei (SP) Gebenstorf-Turgi» ist das offizielle Schriftstück adressiert, das Sektions-Co-Präsident **Florian Vock** unlängst ins Haus flatterte. Ein politischer Seitenhieb abgeneigter Beamter, eine simple Flüchtigkeit oder das Ergebnis mangelnder staatskundlicher Bildung? Man weiss es nicht.

KANTONALE WAHLEN IN OBWALDEN AM 7. MÄRZ

# Max und Moritz

**Statt mit einer üblichen Nominationsversammlung startete die SP Obwalden am 16. Januar 2010 mit einem Wahllotto in die Kantonsratswahlen. Dabei präsentierten sich die Kandidatinnen und Kandidaten der SP-Basis mit ganz persönlichen Hauptpreisen.** Dominik Zimmermann

Je nach Vorliebe der einzelnen Kandidaten gab es einen gemütlichen Spielabend, eine Wanderung, einen Paella- respektive Pizzaplusch oder eine Einladung zu einer kulturellen Veranstaltung zu gewinnen. Für zwei spezielle Gastgeschenke zeichneten zwei Exponenten der SP Schweiz verantwortlich: Geschäftsleitungsmitglied Valentina Smajli offerierte eine Bundeshausführung und Bundesrat Moritz Leuenberger liess sein persönlich signiertes Buch «Lüge, List und Leidenschaft» überreichen. Der Zufall wollte es, dass ausgerechnet Kantonsrat Max Rötheli aus Sarnen in diesem Gang Lotto vermieden konnte: Max und Moritz scheinen sich gefunden zu haben.

**Dieses war schon der zweite Streich, Was im ersten war, das folgt sogleich.**

Bereits im Sommer 2009 wurden die Kantonsratswahlen intern aufgelegt. Der Wahlausschuss unter der Leitung von Fraktionspräsidentin Ruth Koch arbeitete Strategie- und Positionspapiere aus und begleitet deren Umsetzung. Wahlkampfthemen sind Ökologie (insbesondere erneuerbare Energien), Familien- und Bildungsfragen sowie die Sicherung der Kantons- und Gemeindefinanzen.

Zur Vorgeschichte: Vor vier Jahren musste die SP zwei Sitze im 55-köpfigen Gremium abgeben und ist seither nur noch mit sechs Mitgliedern im Kantonsrat vertreten. Damals traten einerseits zwei



Parteipräsident Beat von Wyl, Fraktionspräsidentin Ruth Koch, Valentina Smajli, Mitglied der Geschäftsleitung, Kantonsvorstandsmitglied Dominik Zimmermann (v.l.n.r.)

prominente Bisherige nicht mehr an. Zum anderen wurde möglicherweise vom Volk auch das Vorgehen der SP Schweiz gegen das neue kantonale Steuergesetz mit seinen degressiven Steuertarifen nicht goutiert. Zwischenzeitlich hat das Schweizer Bundesgericht die degressive Besteuerung im Kanton Obwalden für verfassungswidrig erklärt.

Die SP unterstützte im letzten Jahr erfolgreich das Referendum gegen die Sonderwohnzonen für Reiche. Regierung und Parlament beschwören noch immer den Erfolg der Steuerstrategie, obwohl gemäss Finanzplan 2010 bis 2013 mit einem Defizit in zweistelliger Millionenhöhe und einem «Programm zur Priorisierung von staatlichen Leistungen und Aufgaben» gerechnet werden muss.

Die SP Obwalden hat schon früh vor einer solchen Entwicklung gewarnt. Noch vor vier Jahren blieben diese Warnungen ungehört. Trotzdem muss dieses Thema erneut aufgegriffen werden.

**Bereits erzählt ist der zweite Streich, Und der letzte folgt sogleich.**

Wahltag ist Zahhtag: Erklärtes Ziel der SP Obwalden ist es, die sechs Sitze im Kantonsrat zu halten und nach Möglichkeit die vor vier Jahren verlorenen Sitze zurückzuerobieren. Fünf Bisherige (eine Frau und vier Männer) treten wieder an. Neben diesen stellen sich 18 weitere Kandidatinnen und Kandidaten (elf Frauen und sieben Männer) der Wahl. In zwei Gemeinden tritt auch die neu ge-

gründete JUSO Obwalden (mit drei Frauen und zwei Männern) an. Eine Listenverbindung schafft neue Möglichkeiten. Mit vereinten Kräften soll die einseitige Strategie des Kantons vor weiterem Wildwuchs bewahrt werden. Entgegen dem Ausgang der Lausbubengeschichte von Wilhelm Busch sollen in Obwalden Max und Moritz melden können:

**Kurz, im ganzen Ort herum  
Ging ein freudiges Gebrumm:  
«Gott sei Dank! Nun ist's vorbei  
Mit der Übeltätere!»**



dominik.zimmermann  
@gmx.net  
Vorstandsmitglied SP  
Obwalden

12. Februar

**Energietagung der SP Schweiz** in Bern

26. Februar

**Koordinationskonferenz der SP Schweiz** in Bern

27. Februar

**Delegiertenversammlung der SP Schweiz** in Bern

28. Mai

**Koordinationskonferenz der SP Schweiz** (Ort noch offen)

29. Mai

**Delegiertenversammlung der SP Schweiz** (Ort noch offen)

13. März

**Marche Mondiale des Femmes** in Bern

27. März, 10.30 Uhr

**Frauenkoordination KoFa** in Bern

28. August, 11.30 Uhr

**Frauenkoordination KoFa****IMPRESSUM****Herausgeber**SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70  
Erscheint 9 Mal pro Jahr**Auflage** 48 000**Abonnementspreise**

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

**Adressänderungen/Abos**

linksabo@spschweiz.ch

**Redaktion**

Stefan Krattiger (Chefredaktion), Barbara Berger (SP-Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Dieter Wüthrich (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Urs Geiser (Korrektor)

**E-Mail Redaktion**

stefan.krattiger@spschweiz.ch

**Gestaltungskonzept**

muellerluetolf.ch

**Produktion**

Atelier Kurt Bläuer, Bern

**Druck**Ringier Print Adligenswil AG  
Postfach 3739, 6002 Luzern**Anzeigen**Kretz AG, Zürichsee Zeitschriftenverlag,  
Seestrasse 86, 8712 Stäfa  
Telefon 044 928 35 60, Fax 044 928 56 00  
sandra.verardo@kretzag.ch, www.kretzag.chRedaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.1.  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 15.2.**MOVENDO**

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

D2.1.1008

**Weltwirtschaftskrise und Finanzkapitalismus**Ursachen und Folgen der Krise, Rolle der Banken und der Börse, Regulierungsmöglichkeiten, gewerkschaftliche Forderungen  
Mi, 14.4.2010 in Olten  
Referenten: Hans Baumann (Unia), Oliver Fahrni (Leiter des Think-tanks Cargo 3)

D2.1.2007

**Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt**Aktuelle Wirtschaftslage und Arbeitsmarktsituation, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit  
Fr, 23.4.2010 in Bern  
ReferentInnen: Serge Gaillard (Seco), Barbara Zahrlí (Movendo)

D2.1.1005

**Keine Angst vor dem Wirtschaftsteil der NZZ**Berichte über Konjunktur, Staatsfinanzen, Unternehmen und Börse kritisch lesen und hinterfragen  
Di, 23.3.2010 in Zürich  
ReferentInnen: Daniel Lampart (SGB), Barbara Zahrlí (Movendo)

D2.1.1006

**Das Diktat der Börse**Zusammenhang von Börsen und Finanzmärkten mit der Realwirtschaft und Arbeitsplätzen  
Mi, 23.6.2010 in Zürich  
ReferentInnen: Daniel Lampart (SGB), Barbara Zahrlí (Movendo)Die Anmeldung erfolgt  
online: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)  
per Mail: [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch)  
per Telefon: 031 370 00 70  
per Fax: 031 370 00 71**Clemens M. Breitschaft**Psychologe und  
Philosoph, Luzern  
Seit Mitte 2009  
SP-Mitglied**Was kann ich tun?**

Noch vor der unsäglichen Anti-Minarett-Initiative der Entschluss, der SP beizutreten. Die Online-Anmeldung, nach jahrelangem Zögern – «ich bin doch als erklärter Individualist kein Partei-Mensch» –, ist rasch ausgefüllt und abgeschickt.

Neu die Aktivität für das Waffenausfuhrverbot (GSoA). Viele politische Gespräche – interessant: Trotz unterschiedlicher Meinungen bedanken sich selbst SVP-Anhänger und Initiativgegner für die politische Aktivität während des Flyerns, angetan vom Bemühen um aufklärende Gespräche auf der Strasse. Fazit: Weniger Einwegkommunikation, mehr Dialog.

Dann die brieflich formelle Aufnahme der SP Schweiz. Freundlich, kurz. An der Mitgliederversammlung der Sektion Luzern die freundliche Begrüssung des Co-Präsidenten Alex Schönenberger und das informelle Vorstellen durch Ylfete Fanaj, Grossstadträtin Luzern. Viele unbekannte Gesichter und Namen. Gibt's kein Parteibüchlein mehr zur Orientierung? Genosse, willkommen im Zeitalter des Individualismus! Kurz darauf aktiv für die SP Stadt Luzern auf der Strasse für ein lokales Anliegen. Danach die Frage: Wie weiter?

Facebook. Erste Kontakte auch mit der Chefetage der SP – wohl ein wenig unangebracht, beflügelt durch die Möglichkeit der schnellen Kommunikation. Aber immerhin: Die zeitgenössischen Vereinfachungen der Kommunikation bieten Vorteile, lassen sich allerdings auch noch professionalisieren. Vielleicht durch eine (auch überparteiliche!) handlungsorientierte Internetplattform, zum Beispiel mit Kategorien wie «Solidarität»?

Am Jahrestag der Menschenrechte ein Leserbrief, dann meine erste selbst organisierte Kundgebung, mit Unterstützung der Grünen und der SP Kanton Luzern. Jemand fragt: Ich möchte etwas tun, bin aber kein Parteimensch. Wo kann ich mich hinwenden?

Darin steckt nicht nur ein individuelles Bedürfnis und die Aufgabe, sich in bestehende strukturelle Gefässe einzugliedern sowie Dinge selbst zu initiieren, sondern auch eine Strukturfordernis: Nebst dem Schaffen handlungsorientierter Angebote für den Versuch, Entwicklungen von Gesellschaften anzustossen, auch Hilfen zur Orientierung anbieten zu können, durch dialogisch aufgebaute Plattformen, durch Ansprechstellen für politische Anliegen sowie durch offene sachpolitische Arbeitsgruppen.

# »Le Cirque des Vins«

Lassen Sie sich verzaubern von unseren Artisten aus Europa

Jetzt bestellen! Angebot nur gültig bis 26. Februar 2010.



Vier Bioweine aus unseren Nachbarländern als typische Vertreter ihrer Weinkultur zum Kennenlernpreis von **Fr. 35.– statt Fr. 42.60 + Porto**

**Rieselle 2008** Riesling | 7,5 dl | Rheinhessen  
Riesling, die grosse Weissweinsorte aus Deutschland

**Josefin 2008** Zweigelt | 7,5 dl | Burgenland  
Der wahre Publikumsliebving aus Österreich!

**Augusto 2008** Merlot | 7,5 dl | Veneto  
Im süffigen Merlot aus Italien steckt viel Lebensfreude

**Don León 2008** Cabernet S., Syrah, Tempranillo | 7,5 dl | La Mancha  
Sein temperamentvoller Charakter lässt niemanden kalt

Weine mit Profil **Küferweg**

... Bitte gleich ausfüllen und einsenden ...

**Senden Sie mir das Probierpaket «Le Cirque des Vins» zum Kennenlernpreis** (+Porto Fr. 9.50) | pro Kunde kann nur ein Paket zum Probierpreis bezogen werden.

**Das Probierabo der Weinhandlung am Küferweg.**  
5x jährlich Flaschenpost mit ausgesuchten Neuheiten und Raritäten. Per Post erhalten Sie jeweils zwei bis drei verschiedene Flaschen für maximal Fr. 55.– (+ Porto Fr. 9.50) zugestellt.

**Senden Sie mir gratis das Küferweg-Weinbuch.**

Name

Adresse

Telefon/E-Mail

**Weinhandlung am Küferweg**

Küferweg 3 | 8912 Obfelden | Telefon 043 322 60 00 | Fax 043 322 60 01 | [www.kueferweg.ch](http://www.kueferweg.ch)